



Politik ohne Herz und Verstand

Ein Jahr Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen



Jürgen Rüttgers - ein Meister des „Versprochen - Gebrochen“

Jürgen Rüttgers und seine CDU haben im Wahlkampf viel versprochen. NRW sollte ein „Land der neuen Chancen werden“ - nach einem Jahr ist klar: im Zusammenspiel mit der FDP gibt es nur für Wenige neue Chancen.

Jürgen Rüttgers wollte gemeinsam mit der FDP die „Koalition der Erneuerung“ anführen - nach einem Jahr ist klar: Schwarz-gelb zerschlägt massiv soziale Strukturen.

Jürgen Rüttgers hatte geprahlt: „Wir sagten, was wir tun und tun, was wir sagen“ - nach einem Jahr ist klar: Leitlinie seiner Politik ist: „Versprochen - Gebrochen“. Er macht Politik nach dem Motto: „Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht“.

Jürgen Rüttgers handelt nach der Maxime „Privat vor Staat“. Er nennt das auch „Mehr Selbstbestimmung wagen“. Nach einem Jahr ist klar: damit ist gemeint, die Menschen sich selbst zu überlassen, Verantwortung auf andere abwälzen. Nahezu täglich geben sich die Demonstranten die Transparente in die Hand.

Jürgen Rüttgers wollte 2006 zum „Jahr des Kindes“ machen - nach einem Jahr ist klar: die Kleinsten sind die größten Verlierer seiner Haushaltspolitik.

Staatskanzlei

Unmittelbar nach der Regierungsbildung beginnen in der Staatskanzlei Planungen für eine millionenschwere **Image-Kampagne** für den Ministerpräsidenten. Erst wird dies massiv geleugnet. Mehrere aus der Staatskanzlei an die Öffentlichkeit gelangten Vermerke belegen die Planungen. Die Versuche der Staatskanzlei, auf Staatskosten Rüttgers Image aufzubessern, enden in Widersprüchen gegenüber Parlament und Bürgern.

Die Angst vor schlechter Berichterstattung ist nach einem Jahr offensichtlich so groß, dass ein Artikel der Bild-Zeitung manipuliert wurde, um den Pfeil des Ministerpräsidenten und seines Arbeitsministers steil nach oben zeigen zu lassen.

Der Abbau von Stellen in der Landesverwaltung macht ausgerechnet vor der Staatskanzlei halt. Die Staatskanzlei genehmigte sich 27 hoch dotierte Neuzugänge und drastisch erhöhte Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und externen Sachverstand.

Um die Fehltritte seiner Schulministerin wettzumachen folgt Rüttgers dem Rat seiner Berater für politische Inszenierungen und schwingt sich in völliger Unkenntnis der Rechtslage zum Retter kleiner Grundschulen auf. Erst als die SPD im Plenum nachweist, dass es gar keine Gesetzeslücke gibt, wird der „**Retter der Zwergschulen**“ enttarnt. Eltern, Schüler und Lehrer bleiben aufgeregt zurück.

Zunehmende Berichte über gezielte **Intrigen, Grabenkämpfe und Inkompetenz** in der Staatskanzlei dringen an die Öffentlichkeit. Im indirekten Umfeld des Ministerpräsidenten herrscht Chaos und Misstrauen statt politischer Führung und Koordination. Im Zentrum der Kritik steht vor allem Staatskanzleichef Große-Brockhoff, über dessen Ablösung offen spekuliert wird. Auch Regierungssprecher und Medien-Staatssekretär Kemper gilt als Wackelkandidat.

Bundes- und Europaangelegenheiten

Mit dem Regierungswechsel hat sich Nordrhein-Westfalen als gestaltende politische Kraft in Berlin und Brüssel verabschiedet.

In Brüssel wird lediglich registriert, dass die Landesregierung eine von der Vorgängerregierung eingeleitete Koordinierung und Auswertung eines Workshops zur EU-Chemikalienrichtlinie REACH zu einem erfolgreichen Ende führt.

Eine im Wahlkampf groß angekündigte **Bundesratsinitiative gegen Windkraftanlagen** verläuft im politischen Sande. Andere Bundesländer signalisieren schon früh ihre Ablehnung.

Die **Neubesetzung der Dienststellenleiter** in Berlin und Brüssel wird in der Presse als Versorgungsposten für einen Wahlkampfhelfer von Rüttgers und einen FDP- Parteifreund kritisiert.

Bei der **Rechtschreibreform** blockiert Rüttgers lange als letzter Ministerpräsident eine bundesweit einheitliche Regelung. Ab dem 1. August dürfen nun auch in NRW die Kinder nach den neuen Schreibregeln unterrichtet werden.

Bei der **Besetzung des Bundeskabinetts** wurde Rüttgers' NRW-CDU von Kanzlerin Merkel übergangen. >>Seit jenen Tagen gilt der Düsseldorfer in Berlin wenig. Kanzlerin Angela Merkel stöhnt schon mal im kleinen Kreis über ihren Stellvertreter: „Ach, unser kleiner Reformler aus Düsseldorf“, wenn Rüttgers Änderungen wie beim Antidiskriminierungsgesetz fordert>>, urteilt das Nachrichtenmagazin Focus (15. Mai 2006)

Wirtschaft

Bisher gibt es keine nennenswerten Investitionen in NRW, die auf Betreiben der Landesregierung zurückzuführen sind. Rüttgers und Thoben bleibt nichts weiter übrig als sich Aufschwungdaten zuzurechnen, die den internationalen Märkten und der Berliner Politik zu verdanken sind.

Mangels eigener Initiative bleibt der Landesregierung nur, sich mit Projekten zu brüsten, die auf **Leistungen der Vorgängerregierung** zurückzuführen sind:

- Die Polypropylen-Pipeline, für die Wirtschaftsministerin Thoben nun die Unterschriften einsammelt, haben bereits der Vor- und Vorgänger von Thoben auf den Weg gebracht.
- Das Kraftwerkserneuerungsprogramm führender Energieunternehmen mit einem Volumen von 5 Milliarden Euro ist Resultat des "Energiedialogs" den Peer Steinbrück und Axel Horstmann mit der Energiebranche geführt hatten.
- Für die Initiative für die Starter-Center hat die Ministerin ein Jahr gebraucht. Erst auf Intervention der SPD schließt sie die kommunale Wirtschaftsförderung mit ein. Sie sollen die bisherige Gründungsberatung fortführen. Faktisch handelt es sich nicht um viel mehr als um ein neues Etikett für fortgeschriebene SPD-Politik.

Das Steckenpferd christdemokratischer Wirtschaftspolitik, die **Mittelstandspolitik**, erschöpft sich bisher in der Abschaffung des Mittelstandsgesetzes und der ehrenamtlichen Mittelstandsbeauftragten.

Die von der Landesregierung betriebene Abschaffung des **Tariftreuegesetzes** kostet tausende von Arbeitsplätzen, schadet der nordrhein-westfälischen Bauwirtschaft und führt zu Dumpinglöhnen.

Die Interessen des Energielandes Nummer Eins nimmt Ministerin Thoben nicht wahr. Auf dem wichtigen Energiegipfel in Berlin erscheint sie nicht als Interessenvertreterin des Landes, sondern lediglich als „Beobachterin“.

Thobens Position zum **Steinkohlebergbau** folgt der Deindustrialisierungsstrategie der FDP bei der Kohle. Es droht der Verlust vieler nordrhein-westfälischer Arbeitsplätze. Nicht nur der erklärte Ausstieg ist falsch, sondern auch das Management. Die Strategie ist unklar und widersprüchlich.

Zur Nutzung von **Atomenergie** scheut Rüttgers immer noch eine klare Aussage, während sich seine Partei für eine Verlängerung der Laufzeiten ausspricht. Der von Thoben in die Diskussion gebrachte Kugelhaufenreaktor ist politisch nicht durchsetzbar und technisch nicht realisierbar.

Ministerin Thoben will die Ziel-2-Förderung ab 2007 ausschließlich im Wettbewerb zwischen den Regionen des Landes vergeben. Verlierer sind die Kommunen im Ruhrgebiet, die wegen ihrer schlechteren Finanzsituation die Kofinanzierungsmittel nicht aufbringen können.

Arbeit - Gesundheit - Soziales

Jürgen Rüttgers hatte im Wahlkampf neue Arbeitsplätze für NRW versprochen. In zehn Jahren wollte er ein Beschäftigungspotential von mehr als 1 Million aktivieren.

Nach einem Jahr ist die **Arbeitslosigkeit** in NRW trotz der allgemein positiven wirtschaftlichen Entwicklung zwischen April 2005 und 2006 um gerade mal 2,7 Prozent zurückgegangen und liegt immer noch bei **1.047 Millionen**.

Innerhalb eines Jahres vom Februar 2005 bis zum Februar 2006 hat NRW **45.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verloren - also 3750 jeden Monat!**

Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern gehört NRW zu den Schlusslichtern, was den Rückgang der Arbeitslosenzahlen angeht. Der Rückgang beträgt in NRW zwischen März 2005 und 2006 nur 2,7%, im Bundesdurchschnitt sind es dagegen 5,5%.

Die Zahl der Empfänger/innen von **Arbeitslosengeld II** ist innerhalb eines Jahres **um 6,9% angestiegen**. Dies ist der dritthöchste Wert im Bundesländervergleich.

Die Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II sollten, so die Ankündigung der Regierung, vom Eigenanteil zu Lehrmitteln befreit werden. Stattdessen sollen nun die Kommunen die Kosten übernehmen. In armen Kommunen müssen Arbeitslosengeld II- Empfänger/innen nun wahrscheinlich die Kosten selber tragen.

Die Zahl der Empfänger/innen von Sozialhilfe ist in NRW innerhalb eines Jahres um 10,1% angestiegen. Damit bildet NRW gemeinsam mit Niedersachsen in absoluten Zahlen das Schlusslicht im Bundesländervergleich.

Bei dem von der Regierung beschlossenen **Kombilohnmodell** gab es vorab keine Abstimmung mit dem Bund als Geldgeber. Es ist richtig, dass der Bund dies nun gestoppt hat. Wir brauchen ein bundesweites Konzept für existenz-sichernde Löhne. Der Bund will dies im Herbst vorlegen.

Die **Landesmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik** werden um mehr als ein Viertel zusammengestrichen. Das trifft besonders Langzeitarbeitslose und Jugendliche.

Laumanns Bekenntnis zur **Tarifautonomie** hat nur eine kurze Halbwertszeit. Vor der CDA unterstützt er eine Resolution über Tarifverhandlungen, seinen Kabinettskollegen Linssen will Laumann aber nicht dazu auffordern, über einen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Unikliniken zu verhandeln.

Aus- und Weiterbildung

Im April waren in NRW nur 74.020 **Ausbildungsplätze** gemeldet, das sind 4,9% weniger als noch vor einem Jahr. Zugleich stiegen die Bewerberzahlen um 9.750 junge Menschen, das sind 8,7%. Hinzu kommen 36 000 unversorgte Jugendliche aus den Jahren zuvor.

In der **Ausbildungsförderung** schießt Laumann auf höhere Fördermittelzuschüsse der EU, will sich aber selbst aus der Kofinanzierung zurückziehen. Gerade in den Kommunen mit den größten Problemen drohen so die Mittel zu verfallen.

Bei den **Weiterbildungsträgern** wird massiv gekürzt. Betroffen sind Einrichtungen, die nach dem Weiterbildungsgesetz gefördert werden, zum Beispiel die Volkshochschulen, die Landeszentrale für politische Bildung und die Familienbildung.

Durch den Investitionsstopp in der **Krankenhausfinanzierung** werden Krankenhäuser in NRW im Wettbewerb zurückfallen und drohenden Insolvenzen ausgesetzt. Zusammen mit Einsparungen bei der Finanzierung von Großgeräten und den Krankenhauspauschalen gehen in der Krankenhausfinanzierung 268 Millionen Euro in 2006 und in den Folgejahren verloren. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, dass die CDU noch in ihrem Wahlprogramm einen Investitionsstau bei den Krankenhäusern beklagt.

Das ehrenamtliche Engagement in der **Gesundheitshilfe** ist durch Haushaltskürzungen massiv bedroht. Hier werden Einrichtungen zerschlagen, die besonders kostengünstig arbeiten und eine große Breitenwirkung haben.

Die Kürzung der Fördermittel für **Krebsberatungsstellen** führt dazu, dass Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen sich selbst überlassen werden.

Durch die Kürzungen in der **Drogen- und Suchthilfe** sind landesweit ca. 100 Personalstellen betroffen. Wegfallende Landesmittel können nicht durch kommunale Mittel kompensiert werden. Neben dem innovativen Teil der Landessuchtpolitik sind auch die Standardangebote der Regelversorgung massiv betroffen.

Die **Wohlfahrtsverbände** sind durch die Kürzungen der Haushaltsmittel im nichtzweckgebundenen Bereich, bei fast allen Projektmitteln und bei der Stiftung Wohlfahrtspflege betroffen. Das bedeutet konkret: weniger Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen im Umfang von 12,9 Millionen Euro.

Das Programm „Teilhabe für alle“ zur Förderung der Berufstätigkeit von **Behinderten** sollte laut Wahlprogramm der CDU mit 50 Millionen Euro großzügig anfinanziert werden und dann jährlich 25 Millionen Euro erhalten. Im Haushalt wurden dann keine zusätzlichen Gelder eingestellt.

Finanzen

Jürgen Rüttgers hatte im Wahlkampf die Beendigung der hemmungslosen Schuldenmacherei angekündigt und Peer Steinbrück den größten Schuldenmacher in der Geschichte unseres Landes genannt. Doch sein Finanzminister startet mit der höchsten **Neuverschuldung** (5,9 Milliarden Euro), die NRW je bei Einbringung eines Haushalts erlebt hat, und mit der Ankündigung von verfassungswidrigen Haushalten bis 2010.

Insgesamt steigt der Haushalt (bereinigt um Einmaleffekte des Jahres 2005) um insgesamt 0,2 %. Das widerspricht den Ankündigungen der Landesregierung, die Ausgaben des Landes nachhaltig zu senken.

Der „ehrliche Kaufmann“ Helmut Linssen hat sich beim **BLB** einen Sparstrumpf für die wahlkampfnaher Zeit zugelegt. Hierdurch wurden unter der Überschrift „Erblast Rot-Grün“ die Schulden künstlich hochgetrieben. Für 2006 läßt er jetzt bei den Steuermehreinnahmen rund 200 Millionen Euro unberücksichtigt - ein neuer Sparstrumpf.

Trotz der Ankündigung, jährlich 1,5% der **Stellen** einzusparen, sind in den Ministerien zusätzliche Stellen geschaffen worden - insgesamt 91 Neueinstellungen, davon 65 neu eingerichtete Stellen.

Die Schwerpunktsetzung der CDU im Wahlkampf, keine Streichungen bei Justiz, Bildung und Polizei vorzunehmen, hatte keinen Bestand. In allen Bereichen sind entgegen den Ankündigungen Stellenstreichungen zu beklagen.

Die **Absenkung des Weihnachtsgeldes** ist zu Rüttgers Oppositionszeiten ständig angegriffen worden. Die schwarz-gelbe Koalition der Erneuerung kürzt das Weihnachtsgeld nunmehr auf 30 Prozent.

Schule

Jürgen Rüttgers hatte im Wahlkampf eine **Unterrichtsgarantie**, die FDP sogar ein Unterrichtssicherungsgesetz zum Abbau von Unterrichtsausfall versprochen. Davon ist keine Rede mehr. Stattdessen ist klar, dass die 1000 neu eingestellten Lehrer in 2005 wegen der gestiegenen Schülerzahlen nicht zu einem Abbau des Unterrichtsausfalls führen.

Die Ministerin verspricht zwar insgesamt 4000 neue **Lehrerstellen** bis 2010. mit dem Haushalt 2006 wird aber gleichzeitig der Abbau von 2000 Lehrerstellen bis 2009 durch Realisierung von kw-Vermerken angekündigt. Bei den Hauptschulen werden im Haushalt 2006 im Vergleich zu 2005 ebenfalls 1300 Stellen gestrichen.

Die Schulministerin ist am wenigsten lernfähig. In 6 Anhörungen wurde das von ihr auf den Weg gebrachte **Schulgesetz** von Experten zerpfückt.

Versprochen hat Schwarz-Gelb einen schulpolitischen Neuanfang. Stattdessen gibt es einen Rückfall in die 50er Jahre: Kopfnote, stärkere disziplinarische Rechte der Lehrer, frühe Auslese.

Die PISA-Ergebnisse blendet die Schulministerin völlig aus. Ihre Schulpolitik führt in der Praxis zu weniger Durchlässigkeit.

Das **Gymnasium** wird von den anderen Schulformen abgekoppelt. Haupt- und Realschüler bleiben auf der Strecke, weil sie bei einem eventuellen späteren Schulwechsel keinen Anschluss mehr finden.

Die Auflösung der **Grundschulbezirke** wird nach einhelliger Meinung der Fachleute schwerwiegende soziale Folgen haben. Es drohen Schulen für Arme und Schulen für Reiche.

Die maximal zu zahlenden Elternbeiträge für die offene Ganztagsgrundschule wurden von 100 auf 150 Euro erhöht.

Durch die Verbindlichkeit der **Grundschulempfehlung** wird der Elternwille ausgehebelt. In einem Prognoseunterricht werden sich Neunjährige völlig fremden Gutachtern stellen müssen..

Die gleichberechtigte Mitbestimmung von Schülern, Eltern und Lehrern in den Schulen soll nach nur einem Schuljahr Probe durch die Abschaffung der **Drittelparität** wieder eingeschränkt werden.

Die **Schulmilchgewährung** wird um 0,4 Millionen Euro gekürzt. Auch die **Unfallpräventionsarbeit** (Verkehrsunterricht) wird massiv zurückgefahren, obwohl die Zahl der Verkehrsunfälle mit Kindern wieder steigt.

Wissenschaft und Forschung

Durch die Einführung von **Studiengebühren** werden Studenten in NRW massiv finanziell belastet.

Auch **BaföG-Empfänger** müssen entgegen der Ankündigungen Studiengebühren entrichten. Die versprochene „**Geld-zurück-Garantie**“ hat sich als billiger Werbegag entpuppt. Einen Rechtsanspruch gibt es nicht.

Die Wahrheit ist: „Es gibt lediglich Kredite und Ausfallfonds zulasten der Studierenden und der Hochschulen. Von Stipendien ist schon längst keine Rede mehr. Der Freiheitsbegriff der schwarz-gelben Koalition lautet: Null Risiko für die Bank, null Risiko für die Landesregierung, dafür aber hundert Prozent Risiko für Hochschulen und Studierende.

Den Konflikt und die Auseinandersetzung um die Einführung von Studiengebühren hat Minister Pinkwart auf die Hochschulen abgewälzt.

Dazu sind auch noch die Jahreszuschüsse an die **Studentenwerke** um 8,2 Millionen Euro gekürzt worden. Die Studentenwerke sind gezwungen, diese Kosten durch Erhöhung von Miet- und Essenskosten an die Studenten weiterzugeben.

Statt der versprochenen Förderung von Unternehmensgründungen aus Hochschulen, die die Landesregierung sogar innerhalb von 200 Tagen nach Regierungsübernahme auf den Weg bringen wollte, ist in diesem Bereich kräftig gekürzt worden.

Minister Pinkwart will NRW 2015 zum Innovationsland Nummer Eins machen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung soll auf 3% steigen:

- Dabei ist der Forschungs- und Technologiehaushalt (ohne Bundesanteile) um 22,9

Millionen abgesenkt worden. Das Land zieht sich aus der aktiven Forschungsförderung zurück.

- Gleichzeitig soll das auch international renommierte Wissenschaftszentrum NRW aufgelöst werden. Die angeschlossenen Institute sollen Hochschulen auf eigene Kosten übernehmen.

Die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Altersforschung in Köln und des Max-Planck-Instituts für Systembiologie in Dortmund können das nur teilweise ausgleichen. Im übrigen schmücken sich auch hier der Ministerpräsident und Minister Pinkwart mit fremden Federn. Die Grundsatzentscheidungen für diese neuen Institute waren schon vor der Landtagswahl gefallen.

Mit seinem Hochschulfreiheitsgesetz setzt Minister Pinkwart die Hochschulen den Marktkräften aus, die zukünftig wie Unternehmen der Profitmaximierung verpflichtet sein sollen. Die wissenschaftliche Freiheit ist immens gefährdet. Die Stellungnahmen der Hochschulen sind deutlich: gegen Pinkwarts Entwurf hat sich eine breite Ablehnungsfront aus Hochschulen, ihren Mitgliedern und Beschäftigtenformiert.

Gleichzeitig soll das auch international

Generationen

Die Kleinsten sind die größten Verlierer. Ausgerechnet in dem von Rüttgers ausgerufenen „Jahr der Kinder“ kürzt Schwarz-Gelb vor allem bei den Kurzen.

Eltern müssen mit steigenden **Kindergartenbeiträgen** rechnen. Denn das Land kürzt den Kommunen den finanziellen Ausgleich für Kindergartenbeiträge, die von Eltern nicht gezahlt werden konnten. Besonders in armen Kommunen besteht die Gefahr, dass die Erhöhung nicht aufgefangen werden kann. Viele Kinder werden dann wohl abgemeldet.

Das macht Zusammen ein Minus von 176,6 Millionen Euro für die Kinderbetreuung in NRW. Auch wenn die Regierungsfractionen den untauglichen Versuch gemacht haben, diese klaffende Wunde mit einem Trostpflaster von 23 Millionen Euro zu heilen, bleibt es unter dem Strich doch bei der bitteren Wahrheit: In diesem Jahr wird jeder Kindergarten in NRW rechnerisch über 17.000 Euro Kürzung verkraften müssen.

Den Kindergärten fehlen 2006 rund 159 Millionen für **Betriebskosten und Investitionen**. Ein Hohn, dass die CDU noch in ihrem Wahlprogramm einen Investitionsstau bei den Kindergärten beklagt hat.

Angesichts der Kürzungen im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder gibt es bislang kein erkennbares Konzept für den dringend notwendigen Ausbau der **U3-Betreuung**.

Laschets Vorzeigeprojekt - die **Familienzentren** - werden nicht eigens gefördert. Mit den Kürzungen wird gerade den Institutionen, die in Zukunft die Familienzentren bilden bzw. mit ihnen kooperieren wollen, der finanzielle Boden entzogen. Im Bereich der Familienbildung und Familienberatung werden insgesamt 5 Millionen Euro gestrichen, allein bei der Familienbildung 1,3 Millionen.

Die Strukturen der **Jugendarbeit** sind massiv von den Kürzungen beim Landesjugendplan

bedroht. Der Kinder- und Jugendarbeit fehlen 21 Millionen Euro zur Erfüllung des bestehenden gesetzlichen Anspruchs von 96 Millionen Euro. Dies wird auf Dauer zu einem Qualitätsverlust der Kinder- und Jugendarbeit führen und Einrichtungen werden schließen müssen. Dabei hatten CDU und FDP in der vergangenen Legislaturperiode die damalige Volksinitiative massiv unterstützt. Der Ministerpräsident selbst hatte sie als „deutliches Zeichen des Widerstands gegen die rot-grüne Kahlschlags-Politik“ bezeichnet.

Der Widerstand gegen die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich ist immens. In zwei Volksinitiativen protestierten bis heute fast 500.000 Bürger, und sehr viele Kommunen auch mit CDU-Unterstützung, mit ihren Unterschriften gegen die Kürzungspläne.

Die Kürzungen in der **Frauenförderung** treffen ausgerechnet Organisationen, die sich durch Vernetzung und Zusammenarbeit aus eigener Kraft helfen sollen. Die Frauenhäuser müssen Kürzungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro verkraften. Jede vierte Stelle in den Einrichtungen wird wegfallen. Beratung, Betreuung und Versorgung der betroffenen Kinder sind hierdurch ebenfalls gefährdet.

Die Kürzungen bei den Regionalstellen „**Frau und Beruf**“ werden zu Schließungen führen. Minister Laschet hatte dagegen für 2006 eine Bestandsgarantie gegeben.

Die **Landesfachstelle** autonomer Frauen- und Mädcheneinrichtungen gegen Gewalt NRW wurde bereits zum Jahresbeginn geschlossen.

Die Schließung der Koordinierungsstellen „**Frau und Gesundheit**“ noch vor der Verabschiedung des Landeshaushalts hat eine mehrjährige Aufbauarbeit vernichtet, aufgebaute Netzwerke zerstört und damit die wichtigen Koordinierungsfunktionen aufgegeben.

Der Gesetzentwurf zur **Schwangerschaftskonfliktberatung** wird zu einer schlechteren Beratungsqualität führen, Prävention und Sexualaufklärung finden nicht mehr statt, die wohnortnahe Versorgung ist gefährdet. Die Frauen in Nordrhein-Westfalen stehen vor der Situation, dass sie künftig eine schlechtere Schwangerschaftskonfliktberatung haben werden als in Bayern.

Minister Laschet hat in seinem Kabinett, vor allem aber in seiner Partei, keinen Rückhalt für seine **Integrationspolitik**. Noch nie gab es so wenig Mittel für Migrations- und Integrationspolitik, wie in diesem Haushalt.

Die kommunale **Entwicklungszusammenarbeit** ist um 87% gekürzt worden, was einer Zerschlagung der Strukturen gleichkommt.

Innenpolitik

Im Wahlkampf noch FDP-Spitzenkandidat wurde Ingo Wolf durch Intrigen und Wendungen seiner Partei „nur“ Innenminister. Das muss so verwirrend gewesen sein, dass zahlreiche Autofahrer seine widersprüchlichen Aussagen zur „**Wende in der Verkehrspolitik**“ missverstanden und im Stau das Wenden auf der Autobahn probten.

Verwirrung auch im **Schneechaos** im Münsterland November 2005: Erst mit über 24 Stunden Verspätung setzt Wolf einen Krisenstab zur Katastrophenbekämpfung ein.

Unter dem „Kommunalminister“ Wolf erleben die Städte und Gemeinden in NRW millionenschwere Kürzungen bei gleichzeitiger Umverteilung der Lasten vom Land auf ihre Schultern:

- Beim **Elternbeitragsdefizitausgleich** ein Minus von 42,3 Millionen Euro
- Bei den **Sprachstandsfeststellungen** aller Vierjährigen übernimmt das Land trotz gesetzlicher Verpflichtung (Konnextitätsprinzip) die Kosten nicht mehr
- Bei der **Lernmittelfreiheit** für Sozialhilfe- und ALGII-Empfänger stehen mangels Einigung mit dem Land hier nun in der Verantwortung
- Der Grundstückfonds des Landes zur **Aufbereitung von Brachflächen** wird auf Null gesetzt
- Die kommunalen **Krankenhäuser** treffen massive Kürzungen.

Der neu gewählte Vorsitzende des NRW-Städtetages, Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU), schrieb auf der jüngsten Mitgliederversammlung dem anwesenden Ministerpräsidenten dazu ins Stammbuch: „Wir sehen mit Sorge, dass das Land eine bessere Kinderbetreuung verspricht, die Rechnung dafür aber an Kommunen und Eltern weiterreichen will.“

Die **Reform der Gemeindeordnung** wird zunehmend zum Kernstreitpunkt von Schwarz-Gelb. Wegen des massiven Drucks der kommunalen CDU-Basis gegen eine Verlängerung der Amtszeit der Oberbürgermeister, eine Entkoppelung von Rats- und OB-Wahl und Kumulieren und Panaschieren muss Wolf den vielfach angekündigten Gesetzentwurf immer wieder auf Eis legen. Die CDU spielt auf Zeit, die FDP pocht auf Einhaltung des Koalitionsvertrages.

Der von Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausverkauf kommunaler Unternehmen (Änderung des **§ 107 GO**) trifft ebenfalls auf wachsenden Widerstand auch in CDU-Kommunen. findet inzwischen keine Mehrheit mehr.

Bei der so genannten **Polizeireform** ohne Konzept setzt sich der Innenminister über alle Bedenken auch aus der CDU und die einhellige Kritik der Experten hinweg. Neben kleinen Polizeieinheiten von 200 bis 300 Beamten entstehen Megabehörden mit bis zu 5000 Mitarbeitern. Dass künftig angeblich 145 Polizisten mehr „fahnden statt verwalten“ und die Umstellung sechs Millionen Euro kostet, kann das Ministerium nicht belegen.

Mit der Wiedereinführung der **Reiterstaffeln**, die mindestens zwei Millionen Euro pro Jahr kosten, setzt die Regierung ihre angekündigte Symbolpolitik um. Der versprochene Einsatz zur Fußball-WM wird allenfalls in Teilen klappen.

Im Wahlkampf haben CDU und FDP angekündigt, bei der **Inneren Sicherheit** nicht zu streichen. Nun wird der Polizeihaushalt um insgesamt 125 Millionen Euro gekürzt.

Im Koalitionsvertrag steht: Kein **Stellenabbau bei der Polizei**, stattdessen Neueinstellungen. Fakt ist: Minister Wolf rationalisiert bei der Polizei 282 Stellen weg.

Die große **Verwaltungsstrukturreform** wurde verschoben in die nächste Wahlperiode. Der Umbau der Umweltverwaltung und die Eingliederung der Sonderbehörden sind unpräzise und unfertig, ein einfallloser Aktionismus. Ein ausgewogenes und vor allem durchdachtes Konzept für eine effizientere Verwaltung ist bei der Regierung Rüttgers nicht zu erkennen. Innenminister Wolf betätigt sich als Hausmeister, der bei den Umwelt-Ämtern nur neue Türschilder anschraubt.

Landwirtschaft - Umweltschutz - Naturschutz

CDU-Minister Uhlenberg sind die Verbraucherinnen und Verbraucher gleichgültig. Das belegen u.a. die **Kürzungen bei den Verbraucherzentralen**, die zu Schließungen an acht Standorten führen. Auch in der Diskussion um das **Gammelfleisch** hielt der „Verbraucher“minister seine schützende Hand über der Fleischindustrie, nannte die Namen der betroffenen Hersteller nicht und informierte die Bürger nicht umfassend.

Neue Privilegien: Die **Landwirtschaftskammer** hingegen wird nicht etwa reformiert, sondern bekommt zusätzliche 16,3 Millionen Euro - einer der größten Subventionsposten im Landesetat. Während Sozialeinrichtungen oder Frauenhäuser mindestens 20 Prozent Kürzungen hinnehmen müssen, hier gibt's eine 20-prozentige Erhöhung.

Trotz wiederholter Ankündigung immer noch nicht auf den Weg gebracht:
Landeswassergesetz, Landesplanungsgesetz, Landschaftsgesetz.

Statt sich um den Umwelt- und Naturschutz zu kümmern, subventioniert Uhlenberg den **Flughafen Münster/Osnabrück** aus dem Umweltetat (1 Million plus 10 Millionen Verpflichtungsermächtigungen). Im Gegenzug werden im Landeshaushalt 2006 die Zuschüsse für die 44 biologischen Stationen in NRW um über 20 Prozent gekürzt.

Städtebau - Verkehr

Unter Bauminister Wittke soll in NRW der Mieterschutz zur Worthülse werden. Mit der angekündigten **Aufhebung der Kündigungssperrfristverordnung** kann den Mietern schneller als in anderen Bundesländern gekündigt werden.

Die Landesregierung verabschiedet sich mit der ersatzlosen Abschaffung der Fehlbelegerabgabe aus der Finanzierung des **sozialen Wohnungsbaus**. Die betroffenen Kommunen erhalten keine finanzielle Alternative.

Der **Verkauf der LEG** wird ohne Konzept vorangetrieben. Der Mieterschutz spielt in den schwarz-gelben Überlegungen keine Rolle. Das gut aufgestellte Landesunternehmen wird ständig schlecht geredet. Gleichzeitig soll ein hoher Verkaufswert erzielt werden.

Sozial-ökologische Standards im Wohnungsbau hat Minister Wittke durch Änderungen der Förderrichtlinien ohne Not abgebaut.

In der **Verkehrspolitik** ist von einem Sonderprogramm Infrastruktur 2010 (CDU-Wahlprogramm) keine Rede mehr. Trotz vieler Ankündigungen ist das Stauprogramm von Minister Wittke nur die Fortführung bisheriger Konzepte. Die **Verbesserung der Baustellenkoordination** ist vom Sommer 1998, den **Einsatz moderner Technik zur Verkehrslenkung** hatte Schwanhold im Jahre 2000 mit dem elektronischen Frühwarnsystem in die Wege geleitet.

Bei den **Regionalisierungsmitteln** agiert Wittke gegen die Interessen des Landes. In der letzten Verkehrsministerkonferenz hat er dem Bund bereits eigene Kürzungsvorschläge für das Jahr 2007 vorgeschlagen und weitere Gesprächsbereitschaft signalisiert. Das trifft Tausende in NRW, die zu ihrer Arbeitsstelle pendeln müssen.

Auf Landesebene streicht Wittke trotz anderer Zusagen bei den Kleinen: er kürzt bei den **Schülerbeförderungskosten** (24,7 Millionen Euro). Die Folge: Schülertickets werden teurer.

Justiz

Die Justizpolitik blieb unter Ministerin Müller-Piepenkötter auffallend blass und ohne Impulse. Einzig mit dem Wortbruch der Stellenkürzungen bei der Justiz sorgte sie für Wirbel. Im Koalitionsvertrag wurden „keine **Streichungen im Justizbereich**“ vereinbart. Fakt ist: Justizministerin Müller-Piepenkötter streicht 383 Stellen und baut allein 2006 insgesamt 68 Stellen für Richter und Staatsanwälte ab. Der Deutsche Richterbund (DRB), dessen Vorsitzende Müller-Piepenkötter bis zur Wahl war, sprach von „Lüge“ und warf der Ministerin vor, die Justiz „kaputtzusparen“.

Weitere Kürzungen betreffen die **Drogenhilfe**: Mit dem Rotstift werden 35 Prozent der Zuschüsse rasiert, so dass nur noch sieben Kräfte für 38 Justizvollzugsanstalten zuständig sind.

Ausgerechnet die „Privat-vor-Staat-Koalition“ verabschiedet sich im Strafvollzug vom **PPP-Modell** und verhindert kostengünstige Lösungen.